

Anfragen an die Sozialhilfe : Beat Kappeler stellt sechs Fragen an die Sozialfürsorge

Autor(en): **Kappeler, Beat**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **100 (2003)**

Heft 12

PDF erstellt am: **28.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-840874>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Anfragen an die Sozialhilfe

Beat Kappeler stellt sechs Fragen an die Sozialfürsorge

Beat Kappeler, Ökonom und Journalist, hat an der Tagung vom 13. November Anfragen unter dem Gesichtspunkt der leeren Staatskassen, der Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung und Missbrauchsdiskussion vorgetragen.

Beat Kappeler hat sein Referat mit dem Hinweis begonnen, ausgeglichene Staatsbudgets seien durchaus zu begrüssen. Heute sei Europa in diesem Bereich «am Anschlag» und die Solidarität werde deshalb zurück genommen.

Dann zitierte er Nachrichten aus den Zeitungen und dem Fernsehen. Diese zeigten zwar «Abgründe» im sozialen Bereich auf, doch «lohne sich ein zweiter, kühler Blick», erklärte der Referent. So habe man im November von steigender Armut in den USA lesen können. Bei näherer Betrachtung aber habe sich gezeigt, dass dies zwar für die grossen Städte gelte, im Landes-Durchschnitt aber die Armut in den USA sinke. Kappeler erwähnte auch die Skos-Studie «Existenzsicherung im Föderalismus», die von 7,5 Prozent Working poor ausgehe. Die Statistik, auf der diese Untersuchung basiere, schliesse aber die eher reicheren Erwerbstätigen zwischen 60 bis 64 Jahre aus. Schliesse man sie hingegen ein, sinke die Quote der Working poor auf 4,5 Prozent, erklärte Kappeler.

Im Übrigen «definiere die Skos die Armutslimite selbst», behauptete der Referent etwas ungeschützt.

Damit stellte er allgemein die Frage, ob die heutigen Definitionen von Armut zutreffend seien.

Sozialhilfe hat Erfolg

Nach Untersuchungen kommen in den Industrieländern die Hälfte der von Armut Betroffenen innerhalb eines Jahres wieder aus der Sozialhilfe. Das sei eine grosse Leistung, betonte Kappeler. Zudem gehe der Umbau des europäischen Arbeitsmarktes von der Industrie- zum Dienstleistungsbereich rasant vorwärts. Und bei all diesen Problemen funktioniere die Gesellschaft noch recht gut. Es werde also keineswegs «immer schlechter und schlechter».

Es stelle sich deshalb die Frage, ob und wie die Sozialhilfe ihren Einsatz und Erfolg kommuniziere.

Weiter warf Kappeler einen Blick auf die Zukunft der westlichen Wirtschaften. Die Entindustrialisierung gehe auch in Zukunft bei der herrschenden Vollautomatisierung weiter. Das Internetzeitalter erlaube es zudem, immer mehr Bereiche in andere Länder mit billigeren Arbeitslöhnen zu verlagern. Damit steige der Bedarf an Beratung, Banken, Versicherungen etc., deren Arbeitskräfte eine entsprechende Ausbildung benötigten (Englischkenntnisse, Ausländerfahrung etc.).

In diesem Bereich liegt momentan die Arbeitslosenquote in der Schweiz bei 9 Prozent, er ist also überdurchschnittlich hoch davon betroffen! Andererseits wird es immer Stellen in der Pflege von Kindern, Kranken und alten Menschen, im Transportwesen und in der Quartierarbeit vor Ort geben.

Dieser Umbau der Arbeitswelt bedeutet, dass die Arbeitsformen immer viel-

fältiger werden. Zeitverträge, Teilzeit und Arbeit auf Abruf werden weiter zunehmen, während der Zeitlohn abnimmt.

«Was bedeutet dies für die Sozialhilfe?», fragte Kappeler. Welche neue Klienten seien zu erwarten?

Ausserdem habe die Schweiz einen überaus grossen Schub an Immigration erlebt und diese Menschen weitgehend auch integriert. Kappeler sprach in diesem Kontext von «sensationell gut». Die künftige Immigration, etwa im Zuge der EU-Osterweiterung, werde kaum die befürchteten Wanderströme auslösen. Kappeler verwies auf das Wachstum in den baltischen Staaten. Andererseits gebe es Länder, für die die einklagbaren Leistungen – etwa das Recht auf Existenzsicherung – des Schweizer Systems dieses Land durchaus attraktiv erscheinen lasse.

Zudem sei die Integration der Frauen und Secondos schlecht gelungen. Kappeler forderte vermehrte Sprachlehrgänge für diese Gruppe, da zum Beispiel kein Lehrbetrieb Lehrlinge mit mangelhaften Sprachkenntnissen einstelle.

Hier stellte Kappeler die Frage, wie die Sozialhilfe in diesem Bereich präventiv wirken könne.

Anreize und Negativ-Steuern

Kappeler betonte, dass Arbeit gesellschaftlich integriere. Allerdings hielten viele Teile des Schweizer Sozialversicherungssystems die Menschen eher von der Arbeit ab: So der «Franken um Franken Abzug von Arbeitseinkommen bei den Skos-Sätzen» und die «brutale Abstufung der IV-Renten». Er betonte auch die Tatsache, dass viele Menschen

in der Schweiz Krankenkassen-Beihilfen vom Bund erhielten.

Kappeler empfahl das System der USA. Dort erhalten Working poor ohne grossen Aufwand – und ohne Beratung – Beiträge von den Steuern. Wer ca. 10 000 Dollar einnimmt, erhält etwa 40 Prozent dazu; bis 14 000 Dollar Einkommen erhält er 4000 Dollar Unterstützung. Besonders lobte Kappeler die Tatsache, dass das selbst verdiente Geld der Bedürftigen im Bezug auf die Negativsteuer nur zu 20 Prozent angerechnet wird, die Person also im Schnitt 80 Prozent behalten darf.

Wie könnten solche Elemente in der Schweiz in die Sozialarbeit eingeführt werden? Wie müssten die Institutionen und auf welcher Ebene koordiniert werden, und was könnte dafür abgeschafft werden, fragte der Referent.

Ausserdem sei die Schweiz im Bezug auf die Sozialversicherungen hoch gerüstet, erklärte Kappeler. Ihr fehle nur noch die Pflegeversicherung und natürlich die Mutterschaftsversicherung. Sonst aber gebe es sehr viele Kassen wie die AHV, IV, die Suva oder auch die Sozialhilfe. Einiges gebe der Bund, anderes der jeweilige Kanton oder die Gemeinde. «Vor allem die IV wird zum Objekt einer stillen Verschwörung», betonte Kappeler. Dort würden schwierige Menschen, ältere Arbeitnehmer, Entlassene, Leidende, Arbeitslose und Sozialhilfe-Empfänger hin geschoben. Und die Betroffenen würden dies gerne akzeptieren.

Hier stelle sich die Frage, wie man all die Ansprüche koordinieren könne? Welche Zweige könne man zusammenlegen, sollte es gemeinsame Register geben und wie könnte die Transparenz weiter erhöht werden?

Zusammenfassung Christiane Faschon